

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Arnold, Dr. Hans-Peter Bartels, Edelgard Bulmahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/7360 –**

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weiterentwickeln und mitgestalten

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass aktuelle Konflikte im Umfeld der EU eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) – auch auf Initiative der Bundesregierung hin – erfordern würden. Zwar gebe es bereits Grundlagen für eine Zusammenarbeit, wie die im Vertrag von Lissabon verankerte Möglichkeit der Ständigen Strukturierter Zusammenarbeit (SSZ), die jedoch noch nicht umgesetzt worden seien oder noch keine praktische Anwendung gefunden hätten. Weiterhin fehle es auch an den notwendigen neuartigen Impulsen, etwa der Bildung eines gemeinsamen Militärverbandes.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Bildung einer aus Deutschland, Frankreich und Polen bestehenden Vorreitergruppe einzusetzen, den Weg des „Pooling“, „Sharing“ und der Spezialisierung militärischer Fähigkeiten noch stärker als bislang zu beschreiten sowie gemeinsam mit den EU-Partnern ein umfassendes strategisches Leitprogramm zu entwickeln, das den Umfang der zivilen und militärischen Kräfte und deren Zusammenwirken regelt. Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Neufassung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) als verbindliche strategische Ausrichtung voranzutreiben, die in ein europäisches Weißbuch einfließt. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, sich für eine gemeinsame Verteidigungsplanung einzusetzen, um Fähigkeitslücken durch multinationale Programme unter Mitwirkung der Europäischen Verteidigungsagentur schließen zu können. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, die Zusammenarbeit zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten bei der Koordinierung militärischer Fähigkeiten mehr zu fördern sowie gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten in bestimmten Fähigkeitsbereichen den Gedanken von gemeinsamen europäischen Streitkräften voranzutreiben und einen Nukleus für eine europäische Armee schaffen. Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, eine europäische Rüstungsexportpolitik auf den Weg zu bringen, die den derzeit unverbindlichen europäischen Kodex gesetzlich und somit verbindlich für die EU regelt und überwacht. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, auch bei Teil-

nahme europäischer Kontingente an VN-mandatierten Einsätzen die Einhaltung der parlamentarischen Beteiligungsrechte zu gewährleisten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/7360 abzulehnen.

Berlin, den 25. Januar 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7360** in seiner 136. Sitzung am 27. Oktober 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass aktuelle Konflikte im Umfeld der EU eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) – auch auf Initiative der Bundesregierung hin – erfordern würden. Zwar gebe es bereits Grundlagen für eine Zusammenarbeit, wie die im Vertrag von Lissabon verankerte Möglichkeit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), die jedoch noch nicht umgesetzt worden seien oder noch keine praktische Anwendung gefunden hätten. Weiterhin fehle es auch an den notwendigen neuartigen Impulsen, etwa der Bildung eines gemeinsamen Militärverbandes.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Bildung einer aus Deutschland, Frankreich und Polen bestehenden Vorreitergruppe einzusetzen, den Weg des „Pooling“, „Sharing“ und der Spezialisierung militärischer Fähigkeiten noch stärker als bislang zu beschreiten sowie gemeinsam mit den EU-Partnern ein umfassendes strategisches Leitprogramm zu entwickeln, das den Umfang der zivilen und militärischen Kräfte und deren Zusammenwirken regelt. Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Neufassung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) als verbindliche strategische Ausrichtung voranzutreiben, die in ein europäisches Weißbuch einfließt. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, sich für eine gemeinsame Verteidigungsplanung einzusetzen, um Fähigkeitslücken durch multinationale Programme unter Mitwirkung der Europäischen Verteidigungsagentur schließen zu können. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, die Zusammenarbeit zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten bei der Koordinierung militärischer Fähigkeiten mehr zu fördern sowie gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten in bestimmten Fähigkeitsbereichen den Gedanken von gemeinsamen europäischen Streitkräften voranzutreiben und einen Nukleus für eine europäische Armee schaffen. Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, eine europäische Rüstungsexportpolitik auf den Weg zu bringen, die den derzeit unverbindlichen europäischen Kodex gesetzlich und

somit verbindlich für die EU regelt und überwacht. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, auch bei Teilnahme europäischer Kontingente an VN-mandatierten Einsätzen die Einhaltung der parlamentarischen Beteiligungsrechte zu gewährleisten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7360 in seiner 64. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7360 in seiner 80. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7360 in seiner 109. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/7360 in seiner 52. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/7360 in seiner 56. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7360 in seiner 53. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 25. Januar 2012

Roderich Kiesewetter **Dr. Rolf Mützenich** **Dr. Rainer Stinner** **Wolfgang Gehrcke** **Dr. Frithjof Schmidt**
Berichterstatter Berichterstatter Berichterstatter Berichterstatter Berichterstatter